

Motion

0607 Masshardt, Langenthal (SP-JUSO)

Weitere Unterschriften: 27

Eingereicht am: 29.11.2006

Website Politische Bildung

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Projekt zu lancieren mit dem Ziel, dass Bund und Kantone gemeinsam eine Website zur politischen Bildung entwickeln. Auf dieser Website werden zur Unterstützung der Lehrpersonen und zur politischen Bildung der Schülerinnen und Schüler aktuelle und attraktive Lerninhalte und Themen aus den Bereichen Politics, Policy und Politiy zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Erkenntnisse der aktuellen Studie „Geschichte und Politik im Unterricht“ bestätigen deutlich, was Wahl- und Abstimmungsbeteiligung, Rekrutenbefragungen und internationale Vergleichsstudien in den vergangenen Jahren bereits vermuten liessen. Die im Vergleich mit anderen Altersgruppen in der Regel überdurchschnittliche Stimmmabstänze der 18-25 Jährigen ist hauptsächlich auf ein ausgeprägtes Informationsdefizit im Themenbereich „aktuelles politisches Geschehen und staatliche Institutionen“ zurückzuführen. Auch der Bundesrat bestätigt diese Tatsache in seiner Antwort zur Motion „Verbesserung der politischen Bildung“ von Nationalrätin Ursula Wyss. „...ein qualitativ hoch stehender Staatskundeunterricht während der Ausbildung ist für die spätere aktive Beteiligung am politischen Geschehen von entscheidender Bedeutung.“ In der Antwort zur Interpellation „Qualität des Staatskundeunterricht“ (2000), ebenfalls von Nationalrätin Ursula Wyss, betonte der Bundesrat, dass ein Handlungsbedarf bestehe. Der Staatskundeunterricht auf den verschiedenen Schulstufen sei noch zeitgemässer und lebensnaher zu gestalten. Die Lehr- und Schülerschaft solle spüren, dass es hier nicht nur um theoretische, sondern um ganz praktische, auch die jüngere Generation betreffende Anliegen gehe.

In der heutigen Zeit ist das Internet bedeutend und zunehmend die erste Anlaufstelle für Informationen. Es kann als wichtiges Hilfsmittel sowohl für SchülerInnen als auch für Lehrkräfte dienen. Auf der Website zur politischen Bildung sollten zudem nicht nur die Institutionen, sondern vor allem aktuelle Themen behandelt werden. Es gilt die politische Verfassung bzw. die politisch verfasste Gesellschaft im weitesten Sinne (polity) von der inhaltlichen bzw. materiellen Dimension (policy) und der „Regierungskunst“ bzw. dem prozeduralen Aspekt der Politik (politics) zu unterscheiden.

Antwort des Regierungsrates

Die Motion verfolgt die Zielsetzung, den Staatskundeunterricht attraktiver zu machen und vermehrt aktuelle Bezüge zu schaffen. Als Instrument zur Erreichung dieses Ziels verlangt die Motionärin, dass der Regierungsrat ein Projekt zur Entwicklung einer Website zur politischen Bildung lancieren soll. Diese soll von Bund und Kantonen gemeinsam geführt werden und würde erlauben, aktuelle und attraktive Themen zur politischen Bildung für Jugendliche zugänglich zu machen. Das Anliegen wird mit den Resultaten einer Studie begründet, die bei den Jugendlichen ein Informationsdefizit in politischen Fragen feststellt. Dieses Informationsdefizit sei hauptsächlich verantwortlich für die überdurchschnittliche Stimmabstinenz der 18-25-Jährigen.

Wie der Regierungsrat in den Antworten auf die Interpellation Masshardt (I 269/2006) und auf die Motion Sommer (M 257/2006) festhält, sind der Erziehungsdirektion die ungenügenden Kenntnisse vieler Jugendlicher in politischer Bildung bekannt.

Entsprechende Massnahmen in den Bereichen Lehrplan, Lehrmittel/Unterrichtshilfen und Lehrerinnen- und Lehrerbildung sind bereits realisiert, in Bearbeitung oder geplant. Im Gegensatz zur Motionärin sieht der Regierungsrat das Hauptproblem nicht in fehlenden Informationen. Die Unkenntnis gepaart mit Politikverdrossenheit ist wesentlich komplexer.

Die Erziehungsdirektion richtet ihre Massnahmen in erster Linie auf eine bessere Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer bei der Unterrichtsplanung aus. Dabei wird nicht verkannt, dass attraktive Internetseiten den Unterricht wirkungsvoll unterstützen können. Aus diesem Grund enthält die Unterrichtshilfe zur politischen Bildung, die im Herbst 2006 herausgegeben wurde, eine kommentierte Liste von Links für Kinder, Jugendliche und Lehrpersonen. Gegenwärtig baut die Fachhochschule Nordwestschweiz ein weiteres Internetangebot für Lehrpersonen und Studierende auf (www.politischebildung.ch). Diese Internetseite entsteht in Kooperation mit zahlreichen anderen Institutionen des Bildungswesens und der Politik und bietet Grundlagen zu verschiedenen politisch relevanten Themenfeldern, Unterrichtsvorschläge, Hinweise auf Veranstaltungen usw. Auch zum Grundlagenband „Politik und Demokratie – leben und lernen“, der im Frühling erscheint, werden ergänzende Internetangebote bereitgestellt; diese werden voraussichtlich in die Internetseite der Fachhochschule Nordwestschweiz integriert.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird die Verwendung der Broschüren „Institutions politiques suisses“ und „ECHO, informations sur la Suisse“ empfohlen, zu denen es spezielle Internetseiten gibt (www.institutions-politiques.ch bzw. www.echo-ch.ch). Selbstverständlich werden die Anliegen der politischen Bildung auch im neuen französischsprachigen Lehrplan, der gegenwärtig in interkantonaler Kooperation erstellt wird, verbindlich verankert sein.

Der Regierungsrat stellt fest, dass verschiedene Angebote zur Unterstützung der Lehrkräfte bei der politischen Bildung bereits bestehen oder im Aufbau begriffen sind. Insbesondere ist auf die erwähnte Website hinzuweisen, die von der Fachhochschule Nordwestschweiz entwickelt wird und auch den Lehrkräften im Kanton Bern zur Verfügung stehen wird. Der Regierungsrat erachtet es deshalb als nicht notwendig, weitere Webangebote parallel dazu zu erarbeiten. Er erachtet die Forderung der Motionärin als erfüllt.

Antrag: Annahme unter gleichzeitiger Abschreibung

An den Grossen Rat